

# Bundesrat sucht Lösung für UBS

**Steueraffäre** Die US-Behörden sollen die Daten von 250 UBS-Kunden erhalten

**Die UBS soll Beihilfe zum Steuerbetrug geleistet haben. Seit Monaten steht die Bank daher in den USA unter Druck. Nun soll der Bundesrat der UBS zum Befreiungsschlag verhelfen.**

DANIEL IMWINKELRIED,  
WERNER DE SCHEPPER

Am kommenden Dienstag wäre die UBS in einem Senatsausschuss in Washington erneut unter Druck geraten. Zur Diskussion gestanden wäre erneut die Frage, wie die USA an die Namen von Kunden herankommen, die in der Schweiz ein Depot besitzen, das sie nicht deklariert haben. Offenbar wollen der Bundesrat und die UBS das leidige Thema nun aber endgültig vom Tisch haben. Die Westschweizer Tageszeitung «Le Temps» schrieb gestern auf ihrer Internetseite, dass die

UBS per Notrecht die Namen von 250 US-Steuerpflichtigen ans amerikanische Justizdepartement ausliefern dürfe. Bundespräsident Hans-Rudolf Merz sagte im Anschluss an eine Bundesrats-Sitzung von gestern Abend, der Bundesrat habe zur Kenntnis genommen, dass die UBS zusammen mit der Finanzmarktaufsicht (Finma) eine Einigung mit den US-Justizbehörden anstrebe. Es seien aber keine Entscheidungen gefallen. Insbesondere habe der Bundesrat nicht über die Anwendung von Notrecht entschieden.

Die USA würden immensen Druck machen, um an die Daten heranzukommen, sagt der Solothurner SP-Ständerat Ernst Leuenberger. Sie drohen mit hohen täglichen Bussen für die Grossbank. Deshalb sei klar gewesen, dass der Bundesrat unbedingt handeln müsse, so Leuenberger.

Hintergrund des Konflikts ist der Vorwurf, dass Anlageberater der UBS US-Steuerpflichtigen geholfen hätten, amerikanische Wertschriften zu «verstecken». Um die Papiere vom Radar der Steuerbehörden zu nehmen, hätten die UBS-Betreuer angeblich eigens Briefkastenfirmen in wenig regulierten Finanzplätzen gegründet. Diese Firmen hätten dabei, so die Vorwürfe der USA, nur dem Zweck gedient, Aktienanlagen an US-Firmen zu verbergen. Die Dividenden, welche die Firmen auszahlten, blieben aber nicht im Vermögen dieser Briefkastenfirmen, sondern wurden von den amerikanischen UBS-Kunden einkassiert.

## Unklare Rechtslage

In diesem Zusammenhang läuft seit einiger Zeit ein Amtshilfe-Verfahren. Die eidgenössische Steuerverwal-

tung hat bereits die Herausgabe von Daten an die USA verfügt, doch haben Betroffene dagegen Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht. Den USA mahnten die Mühlen dieses Verfahrens aber zu langsam.

Für die UBS wäre die Herausgabe ein Befreiungsschlag, für die übrigen Vermögensverwalter aber eine Katastrophe. Denn es ist nicht klar, ob alle Kunden wirklich Steuerbetrug begangen haben oder nicht eher Steuerhinterziehung. Bei Letzterem leistet die Schweiz keine Amts- oder Rechtshilfe.

Die UBS wollte gestern zu den Meldungen nicht Stellung nehmen. Ein Sprecher sagte nur, dass die Bank mit den amerikanischen und den Schweizer Behörden seit längerem eine Lösung suche. Nichts bekannt ist darüber, wie hoch die Busse für die UBS ausfallen wird.

Gisler



MARKUS GISLER

## Wenn der Staat Banken retten muss

CHRISTOPH BLOCHER WILL die UBS verstaatlichen. Er ist nicht der einzige Rechtsbürgerliche, der plötzlich das Heil im Staat sieht. Allan Greenspan, der ehemalige Notenbanker und gefallene Halbgott der Finanzszene, sieht auch keine andere Lösung mehr und wünscht sich nun die starke und rettende Hand des Staates für das US-Bankensystem. Deutschland hat eben ein Gesetz gebilligt, mit dem Banken enteignet werden können.

DER RASANT BETRIEBENE Schuldenabbau hat nun auch die osteuropäischen Länder erfasst. Investoren ziehen sich zurück, womit der mit Investitionen angetriebene Wirtschaftsmotor abrupt zum Stillstand kommt. Die baltischen Staaten gelten als pleite, Rumänien hat eben um einen Notkredit nachgesucht, und die Währungen in Kroatien, Ungarn und Polen sind dramatisch eingebrochen. Der Forint verlor innert Jahresfrist 22 Prozent, der Zloty über 50 Prozent. In beiden Ländern ist es seit Jahren üblich, sich die Hypothek in Schweizer Franken zu besorgen. Gut die Hälfte aller Hypotheken in Polen und Ungarn lauten auf Schweizer Franken, in Ungarn wurden 2007 über 90 Prozent aller Hypotheken in Franken ausgegeben. Die Hausbesitzer freuten sich ob der deutlich tieferen Zinsen und nahmen das Währungsrisiko in Kauf. Durch den Zerfall ihrer Heimwährung können nun immer weniger Haushalte die Zinsen noch bezahlen. Das bringt die dortigen Banken in Schwierigkeiten, welche sich im Westen via Anleihen finanziert haben.

DER WEITAUS GRÖSSTE Gläubiger des Ostens ist Österreich beziehungsweise sind die österreichischen Banken. Gemäss «Wall Street Journal» haben sie insgesamt 278 Milliarden ausstehende Kredite im Osten, das entspricht fast zwei Dritteln des Sozialprodukts Österreichs. Deutschland und Italien sind im Osten mit je 220 Milliarden engagiert, die Schweiz hat mit 59 Milliarden vergleichsweise wenig Geld in diese Region gepumpt. Durch den dramatischen Rückzug investierter Gelder befürchten Ökonomen nun, dass eine ganze Reihe von Banken in diesen Ländern zahlungsunfähig wird und die Staaten nicht in der Lage sein werden, ihre Banken im nötigen Ausmass zu refinanzieren. Das ist denn auch der Grund, weshalb die Börsen und insbesondere die Finanztitel in Westeuropa in den letzten zwei Tagen wieder massiv an Terrain verloren haben.

IN DEN USA wird immer offenkundiger, dass das marode Finanzsystem mit all den toxischen Papieren nicht mehr ohne Verstaatlichung auskommt. Betroffen sind mittlerweile sämtliche Hypothekarkategorien, die Konsumkredite, die Auto- und Studentenkredite, die Absicherungsgeschäfte mit Credit Default Swaps etc. Neu können sich die Banken nun beim Staat absichern. Sämtliche der Refinanzierung dienenden Bankanleihen unter einer Laufzeit von drei Jahren haben eine Staatsgarantie. Bereits haben 91 Banken davon gebraucht gemacht und 168 Milliarden Dollar aufgenommen, für die der Staat geradesteht.

DAS THEMA WIRD auch in Europa aktuell, allen voran in Grossbritannien, in den oben zitierten Ostländern, möglicherweise in Irland. Und noch hat die Konjunkturkrise nicht voll durchgeschlagen. Wenn sich die Lage tatsächlich weiter verschlimmert und mehr Kapital vernichtet wird, kann tatsächlich nur noch der Staat einspringen. Das würde dann bedeuten, dass das Eigenkapital der Aktionäre (und in vielen Fällen der Obligationäre) vernichtet ist und der Staat als neuer Eigentümer Geld einschiesset. Er würde später, wenn es wieder aufwärtsgeht, die Banken an private Investoren verkaufen. In der Schweiz können wir zumindest hoffen, dass unsere beiden Grossbanken davon verschont bleiben, weil der heimische Immobilienmarkt diesmal standzuhalten scheint. [wirtschaft@azag.ch](mailto:wirtschaft@azag.ch)

# So zuverlässig wie eine Quarzuhr

**Synthes 2008** Mehr Gewinn, mehr Dividende und ein optimistischer Ausblick

**2008 war für Synthes erneut ein Rekordjahr – Finanzkrise hin oder her.**

NADJA SIEBENMANN

Erstmals hat das Baselbieter Medizinaltechnikunternehmen die Umsatzhürde von 3 Milliarden überschritten. Da Synthes in Dollar bilanziert, litt das Unternehmen im letzten Jahr nicht unter der Dollarschwäche, wie so viele andere Schweizer Multis, sondern profitierte sogar von ihr.

Synthes hat Traumargen. Von jedem Dollar Umsatz bleiben nach Abzug der Herstellkosten über 82,7 Cent in der Firmenkasse. 2008 nahm diese überaus hohe Gewinnspanne noch zu, weil das Unternehmen die Preise mangels echter Konkurrenz erhöhen konnte.

Synthes stellt Knochenschrauben, -platten und -nägel für Arme, Beine, Becken, Brust, Schlüsselbein, Wirbelsäule, Schädel und Gesicht her. 2009 wird Firmenchef Michel Orsinger ein Produkt auf den Markt bringen, das gebrochene Rippen zusammenhält. Daneben fabriziert man auch Bandscheiben und Knochenersatzmaterial.

Die Produkte sind vergleichsweise günstig, der Materialaufwand gering, die Markt- und Preismacht gross. «Unsere Implantate machen nur einen kleinen Teil der Gesamtkosten einer Behandlung aus. Wenn wir die Preise erhöhen, hat das keinen allzu grossen Einfluss auf die Gesamtkosten», erklärt Präsident und Mehrheitsaktionär Hansjörg Wyss. Doch der 74-Jährige ist vorsichtig und schliesst nicht aus, dass wegen der Finanzkrise das eine oder andere Spital Zahlungsprobleme bekommen könnte, was dann auch Synthes spüren würde.

Mit Abstand am meisten Geld, schätzungsweise knapp zwei Mrd. Dollar Umsatz, erwirtschaftet Synthes



**WACHSTUM** Im tiefen einstelligen Bereich, sagen Präsident Hansjörg Wyss (links) und CEO Michel Orsinger. CHRISTIAN HARTMANN/REU

SYNTHESES IN ZAHLEN			
	2008	2007	+/-%
Umsatz	3192,5	2759,7	15,7
- Nordamerika	1922,2	1721,0	11,7
- Europa	756,1	637,3	18,6
- Asien/Pazifik	309,0	248,4	24,4
- übrige	205,2	153,0	34,1
Betriebsgewinn	1080,1	904,6	19,4
- in % vom Umsatz	33,8	32,8	
Reingewinn	735,0	612,6	20,0
Dividende* (Fr.)	1,10	0,90	22,2

(in Mio. Dollar) \*Vorschlag an die GV

mit dem Vertrieb von Knochenprodukten für die Extremitäten (Traumatologie). Dieser weltweit auf vier Milliarden Dollar geschätzte Markt wird von einem Oligopol beherrscht, das aus

drei Firmen besteht: Synthes mit einem Marktanteil von 49, Stryker mit einem solchen von 19 und Smith & Nephew mit 11 Prozent. Zusammen kommen sie auf 80 Prozent.

Das Wichtigste bei Synthes sind die Verkäufer. Zwei Drittel der Investitionen – 2008 waren es rund 174 Mio. Dollar – fliessen in den Verkauf und das Marketing. Wie Wyss und Orsinger berichten, hat man die Zahl der Verkäufer im letzten Jahr um einen Viertel aufgestockt, ein Trend, der sich auch im laufenden Jahr ungebremst fortsetzen soll.

## Neuer Europasitz in Solothurn

Weil das Unternehmen kontinuierlich wächst, plant Wyss jetzt einen

neuen Europasitz. Der soll in der Stadt Solothurn auf einem Areal von 19 700 Quadratmetern liegen und Ende 2010 fertiggestellt sein. In Solothurn sollen dereinst 1000 Leute arbeiten. Die Mitarbeiter der Bereiche Finanzen, Personal, Administration und Forschung und Entwicklung werden von Bettlach nach Solothurn umziehen.

Die Manufaktur bleibt dagegen am bisherigen Europasitz im Baselbieter Oberdorf bestehen. Der in den USA wohnhafte Wyss bekennt sich zum (Produktions-)Standort Schweiz. Hier beschäftigt er 2748 der total 9947 Mitarbeiter. Das soll auch künftig so bleiben. Eine generelle Auslagerung der Fertigung nach China komme für ihn nicht in Frage, meint er.

## Nachrichten

### Ex-Swissair-Chef verstorben

Armin Baltensweiler, der frühere Verwaltungsratspräsident und Konzernchef der untergegangenen Schweizer Fluggesellschaft Swissair, ist in seinem 89. Lebensjahr gestorben. Bei der Gemeindeverwaltung seines Wohnortes Herrliberg am Zürichsee wurde auf Anfrage ein Bericht der «Zürichsee-Zeitung» vom Mittwoch bestätigt. Baltensweilers Todesdatum wurde von der Gemeindeverwaltung nicht bekannt gegeben. Die Beerdigung findet am 26. Februar in der evangelisch-reformierten Kirche Herrliberg statt. Der gebürtige Glarner und diplomierte ETH-Maschineningenieur war 1948 in die Dienste der Swissair getreten. (AP)

### Opel Keine Schliessung in Deutschland geplant

General Motors (GM) plant keine Schliessungen von Opel-Standorten in Deutschland. Das sagte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) gestern nach einem Gespräch mit GM-Chef Rick Wagoner. Opel Europe werde nach dem Willen der GM-Spitze in den nächsten Wochen einen Plan zur langfristigen Sanierung des Unternehmens ausarbeiten. Dabei sei der Neuzuschnitt von Opel unter Hereinnahme von Vauxhall und Saab oder die Beteiligung anderer Industrieunternehmen denkbar. (DPA)

### SBB Bahnhöfe wachsen überdurchschnittlicher

Die 31 Grossbahnhöfe der SBB haben im vergangenen Jahr einen Detailhandels- und Gastronomieumsatz von 1,45 Milliarden Franken gemacht. Sie erreichten damit gegenüber dem Vorjahr ein Wachstum von 6,1 Prozent, das deutlich über der durchschnittlichen Zunahme im Schweizer Detailhandel von 4,3 Prozent lag, wie die SBB bekannt gaben. 1,1 Milliarden Franken Umsatz entfielen allein auf die neun RailCity-Bahnhöfe Genf, Lausanne, Bern, Basel, Luzern, Zürich, Winterthur, Zug und St. Gallen. (AP)

### Märklin Ein Fall für den Staatsanwalt

Die Pleite des Modellbahnherstellers Märklin hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart auf den Plan gerufen. Eine Sprecherin sagte am Mittwoch, es sei in den vergangenen Tagen eine Anzeige eingegangen. «Wir prüfen, ob wir Ermittlungen einleiten.» Hintergrund der Anzeige sind offenbar die Millionenhonorare für Berater, die der Modellbahnhersteller in den vergangenen Jahren hatte aufbringen müssen. Die Beraterkosten betragen in den Jahren 2006 und 2007 insgesamt 24,5 Millionen Euro. (AP)